

Die EU führt Regie: Privatisierung als moderne Form der Enteignung

Von Andres Müller

„Die EU gestattet Bahnprivatisierung nur unter Auflagen“. Diese Pressemeldung vom 18.04.2006¹ greift der abzusehenden Entscheidung der EU-Kommission zeitlich nur ein wenig vor. Die wird in wenigen Wochen genau so kommen, wie sie jetzt vorangekündigt ist. Müssen wir „Deutsche“ nun gekränkt sein, wegen dieser anmaßenden Einmischung der EU-Kommission? Eigentlich schon. Doch im Prinzip nicht! Warum das?

Als die EU, in ihrem Ursprungszellkern hieß sie damals EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft), aus der Taufe gehoben wurde, da war ihr eigentlicher Zweck der, das ökonomische Potential des Deutschen Volkes nicht wieder zur vollen Entfaltung kommen zu lassen, bzw. sein Potential für eigene Zwecke bestmöglichst zu nutzen. Das nennt man auch „Wasser auf die eigenen Mühlen lenken“. Darum mußte die westdeutsche Teilrepublik BRD übernational eingebunden und kontrolliert werden. In einem nächsten Schritt gingen die Arrangeure daran, die Verfügungsmacht über die wichtigen Unternehmen und Wirtschaftszweige in Deutschland in die eigenen Hände zu bekommen. Früher nannte man das Enteignung. Doch mittels Aufkaufen erreicht man das gleiche Ziel. Der Plan ist heute, im Jahr 2006, komplett erfüllt.

Teil 1:

Während Deutschland 1991 (BRD+DDR) das höchste Bruttoinlandseinkommen pro Kopf hatte, haben alle EU-Länder in der Zwischenzeit Deutschland überholt. Nur in Italien und in Spanien ist das Prokopfeinkommen noch niedriger. Das wäre ohne EU nie möglich gewesen!

Teil 2:

In den zentralen Branchen und Unternehmungen ist das Eigentum deutscher Unternehmungen in ausländische Hände übergegangen. Komplette Großunternehmungen wie die Mannesmann AG, die Höchst-AG und im vergangenen Jahr (2005) die HVB (HypoVereinsbank) wurden an das Globalkapital abgegeben. Aufgekauft! Arbeiter und Angestellte wurden zu Hunderttausenden entlassen. Wie es um die Eigentumsverhältnisse anderer bedeutender deutscher Unternehmen bestellt ist, soll der Blick in nachstehende Tabelle zeigen:

Firma	Auslandsanteil
Adidas	85%,
Allianz AG	47%,
Deutsche Börse	90%
DaimlerChrysler	49%
Commerzbank	52%,
Deutsche Bank	51%,
Eon	54%,
Siemens	56%.

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.04.2006 Seite 11

Und nun ist die Deutsche Bahn an der Reihe, an das internationale Kapital übereignet zu werden. Die Deutsche Bahn war einmal ein Staatsbetrieb. Er war leistungsfähig. Er hat vielen Menschen Arbeit und Einkommen gegeben. Und er hat alle Anforderungen, die Wirtschaft und Menschen an diesen Versorgungsbetrieb gestellt haben, erfüllt. Das gilt heute alles nicht mehr. Jetzt soll die Bahn in Deutschland privatisiert werden. Denn wir leben im Zeitalter des wiederauferstandenen Kapitalismus. Und dessen Auswirkungen sind noch viel schlimmer als damals, als Karl Marx sich über diese Entwicklung Gedanken machte, sie analysierte und seine Prognosen zur Wirtschafts- und Menschheitsgeschichte abgab. Die Zahl der Arbeitslosen, die der Kapitalismus heute weltweit erzeugt, beweisen das traurigerweise.

Die Privatisierung von Staatsbetrieben vernichtet Arbeitsplätze.

Das kann man statistisch messen, das liegt auch auf der Hand, denn Privatunternehmen müssen hohe Renditen erwirtschaften, Staatsbetriebe können den erwirtschafteten Mehrwert den Beschäftigten zugute kommen lassen und sogar den danach noch verbleibenden Gewinn an den Staat abliefern. Der braucht dann entsprechend weniger Steuern zu erheben. Das war der Grund, warum die Staatsbetriebe allen privaten Kapitalanlegern und Gewinnsspekulanten schon immer ein Dorn im Auge sein mußten. Die mit ihnen konkurrierenden Staatsbetriebe zahlten nämlich zu hohe Löhne, sie beschäftigten zu viele Menschen. Die können es sich sogar leisten, auch einmal vorübergehend ganz ohne Gewinn zu arbeiten. Die müssen also weg.

Dieser primitive Grundgedanke gehört zu jenen Triebkräften, aus der die Globalisierung entstand. Er paßte gut in die Vorstellungswelt des Liberalismus, der dem Staat nur eine „Nachtwächterrolle“ zugesteht, der nur dafür zu sorgen habe, daß die Wirtschaft ungestört ihren Geschäften nachgehen könne. Denn private Anbieter von Gütern und Leistungen könnten unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs, so behauptete man ganz einfach, alles viel effektiver und billiger als der Staat machen. Und so kam es, daß nach der Machtergreifung durch Neoliberalismus und Globalkapital auch die Privatisierungswelle einsetzte.

Ob in Deutschland oder in den osteuropäischen Ländern, oder in den asiatischen Schwellenländern wie China, ja sogar im ehemaligen Zentrum des kommunistischen Weltreiches, in Rußland, wurden die Staatsbetriebe geopfert und an internationale Kapitalanlagenspekulanten verhöckert, die schon lange danach gierten. Insbesondere in Rußland ist ob des brutalen Ausverkaufs seiner Ressourcen und seines Produktivvermögens Ernüchterung eingetreten und dem fortschreitenden Prozeß Einhalt geboten worden. Das hat zwar die Wut und Empörung der Medien und der demokratischen Politiker in der sogenannten freien Welt hervorgerufen, doch es hat gezeigt, daß es anders auch und besser geht. Rußland hat seit 5 Jahren Wachstumsraten von durchschnittlich 7% , Haushalts-, Handelsbilanz- und Leistungsbilanzüberschüsse in mehrstelliger Milliardenhöhe. Davon können die Länder nur träumen, die dem Turbokapitalismus freien Lauf gewähren lassen.

Mit der Deutschen Bahn soll also der nächste große Brocken volkswirtschaftlichen Produktivvermögens über den Umweg der Privatisierung an internationale Kapitalanleger übereignet werden. Somit werden zwei ultimative neoliberale Dogmen mit einem einzigen Schritt erfüllt: Der Staat wird als Anbieter von Leistungen ausgeschaltet, weil dieses Angebot von privaten Unternehmen angeblich effizienter erbracht werden kann. In Wirklichkeit wird privaten Anlegerspekulanten eine neue Gewinnquelle erschlossen. Und gleichzeitig wird wieder ein Teil des bisherigen Staats- und damit Volksvermögens in ausländische Hände überführt.

Die internationalen Renditejäger können den Zeitpunkt der Übernahme kaum noch erwarten. Damit der Deal ihnen auch einen wirklich großen Gewinn bringt, formulieren sie im Hintergrund die Bedingungen der Privatisierung, die in Wirklichkeit eine Enteignung ist: Schienennetz und Güter- bzw. Personenbeförderung müssen getrennt übereignet werden. Die EU-Kommission als Organ der Europäischen Union übernimmt bei der Exekution die Aufgabe des willigen Vollzugsorgans. Das gibt auch noch das hehre Motiv vor, mit seinem Diktat den Wettbewerb zu fördern, um den materiellen Wohlstand der Menschen, zumindest in Europa, zu erhöhen.

Tatsächlich beweist das Eingreifen der EU-Kommission jedermann, daß Deutschland keine Souveränität besitzt, die ja angeblich durch die Wiedervereinigung wieder hergestellt worden sei. Jetzt werden dem Deutschen Staat sogar die Konditionen seiner Selbstauflösung von internationalen Gremien wie der EU-Kommission, die nicht einmal eine demokratische Legitimität besitzt, diktiert. Dazu bedarf es aber auch der willigen Vollstrecker in der deutschen Politik. Die gibt es leider zur Genüge.

Doch man wird sie für ihr Tun zur Rechenschaft ziehen. Dann erst ist der Zeitpunkt gekommen, von dem an man sagen kann, daß das Deutsche Volk wirklich frei und Deutschland wieder souverän sein wird.

© www.hpatzak.de, Erstveröffentlichung am 24.04.2006,
wiederveröffentlicht am 02.01.2008